

Stuttgart 21 - Keine Beteiligung des Landes an Kostensteigerungen

Antragsteller: OV Bad Krozingen - Hartheim

Empfänger: Landesvorstand

Die Bürgerinnen und Bürger sind ebenso wie die Mitglieder der SPD in Ihrer Haltung zu Stuttgart 21 gespalten. Die von Nils Schmid initiierte Volksabstimmung zur Kündigung des Landesanteils an der Finanzierung des Projektes brachte den gewünschten Erfolg, da klar wurde, dass eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg hinter dem Projekt stehen.

Diese Abstimmung, wie auch die Zustimmung der Delegierten zum Leitantrag Verkehrsinfrastruktur des Landesvorstandes auf dem Parteitag am 27.11.2009 in Karlsruhe erfolgte unter der Prämisse, dass die Projektkosten mit 4,5 Mrd. Euro gedeckelt sind. Stuttgart 21 wäre das bestgeplante Projekt der Bundesrepublik, wie die Bahn nicht müde wurde uns zu versichern.

Aus den anfänglichen 2,3 Mrd. Euro in den Anfangsjahren wurden bis zur Unterzeichnung der Finanzierungsvereinbarung 2009 dann 4,5 Mrd. Euro. Allerdings scheint diese Verdopplung der Kosten nun doch noch nicht das Ende der Kostensteigerung zu sein, da die Bahn selbst am 12.12.2012 neue Zahlen mit nun 6,8 Mrd. Euro bekannt gegeben hat.

Auch wenn die Bahn einen Teil der Kostensteigerung in Höhe von 1,1 Mrd. Euro selbst tragen will, ist eine Herauslösung der weiteren Steigerungssumme aus der Kostenrechnung nicht akzeptabel.

Die Zustimmung zu Stuttgart 21 in Bevölkerung und Partei war eng mit dem als endgültig kommunizierten Kostendeckel von 4,5 Mrd. Euro verbunden.

Von daher ist es erfreulich, dass Ministerpräsident Kretschmann betont, dass das Land Baden-Württemberg sich mit keinem Cent an Kosten beteiligt, die über diesen Deckel hinausgehen.

Der Finanzminister Nils Schmid wird aufgefordert dafür zu sorgen, dass außer den bis zum heutigen Tag zwingend vertraglich vereinbarten Summen keine weiteren Landesgelder in das Projekt Stuttgart 21 fließen.

Gleiches gilt auch für Versuche, direkt mit dem Bauprojekt verbundene Kosten auszugliedern und separat zu betrachten, um dadurch weitere Zuschüsse aus Landemitteln zu ermöglichen.